

## 40 Millionen DM mehr für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

In den letzten Minuten der umfangreichen Beratungen des Ernährungsausschusses zum Haushaltentwurf des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gelang eine wesentliche Verbesserung der Ansätze für die von allen Mitgliedern des Ausschusses als besonders bedeutungsvoll anerkannten Maßnahmen für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung. Zwar zeigten sich die Vertreter der CDU überrascht von der Möglichkeit, aus Restmitteln des FAG eine Erhöhung der Mittel für die Wasserwirtschaft zu erreichen. Da die bessere finanzielle Ausstattung dieser Maßnahmen aber den Zielen der Opposition voll entsprach, beschloß der Ausschuß einstimmig, auf Antrag der SPD und F.D.P. die Mittel für die Wasserversorgung um acht Millionen DM auf 36 Millionen DM und die Mittel für die Abwassermaßnahmen um 32 Millionen DM auf 171 Millionen DM zu erhöhen.

Die Opposition, die schon in der ersten Lesung des Etats 1977 im Landtag auf die Dringlichkeit der Errichtung der Gebäude für die Landesanstalt für Wasser und Abfall hingewiesen hatte, beantragte, die Mittel für den Neubau dieser Anstalt um drei Millionen DM zu erhöhen. Die Regierungsfractionen, die diesen Antrag ablehnten, verwiesen darauf, daß der geplante Neubau der Landesanstalt jetzt beginnen müsse, obwohl feststehe, daß nicht alle Zweige der Anstalt in diesem Gebäude unterzubringen seien. Deshalb sei ein anderes Dienstgebäude für die Landesanstalt kurzfristig herzurichten. Die dafür erforderlichen 500 000 DM wurden nach Vorstellungen der SPD und F.D.P. bei den Zuweisungen für Landschaftspflege und Naturschutz gekürzt.

Einstimmig nahm der Ausschuß auch eine Verbesserung der Zuwendungen für die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und für den Verein Stadt und Land vor. Beide Organisationen haben nach Auffassung des Ausschusses bisher eine ausgezeichnete und für unsere Bevölkerung wichtige Arbeit geleistet. Der Verein Stadt und Land bedurfte vor allem deswegen einer stärkeren Beteiligung des Landes, da ihm 1977 Bundesmittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die CDU beantragte weiter mit Hinweis auf Pläne der europäischen Gemeinschaften, in den Schulen ein Milchfrühstück anzubieten, die Einrichtung eines entsprechenden Leertitels, um ggf. im Laufe des Jahres diese Pläne realisieren zu können. Die Landesregierung hielt jedoch eine solche Vorbereitung für nicht zwingend. Die Koalitionsfractionen schlossen sich dieser Auffassung an.

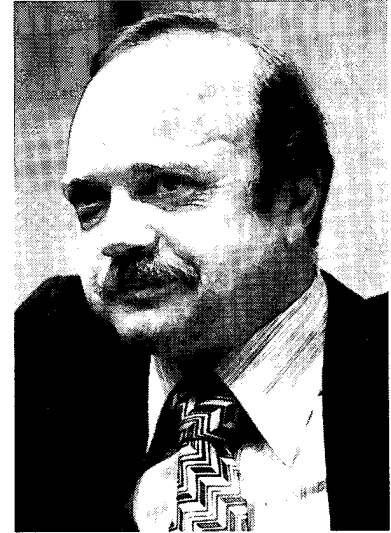
### Porträt der Woche

Ein Studiendirektor im Landtag – muß er nicht zwangsläufig Schulpolitiker, Bildungsexperte werden? Jürgen Hinrichs, seit 1975 Mitglied der F.D.P.-Fraktion des Landtags, war zunächst geneigt, eigentlich sogar fest entschlossen, diese Frage für sich zu verneinen. Als Bezirksvorsitzender seiner Partei in Ostwestfalen-Lippe und als Vorsitzender der F.D.P.-Kreistagsfraktion in Herford hatte er sich vorgenommen, nach seiner Wahl in das Landesparlament, „Kommunalpolitik auf höherer Ebene“ zu gestalten.

Während der Koalitionsverhandlungen mit der SPD spielte er noch den kommunalpolitischen Part seiner Partei mit und gab sich nur beiläufig als sattelfester Schulexperte zu erkennen. Dann freilich nahm ihn die Fraktion schnell in die Pflicht. Damit war der 40jährige Studiendirektor a. D. aus Bünde („a. D.“ wegen der Unvereinbarkeit von öffentlichem Amt und Landtagsmandat) schulpolitischer Sprecher seiner Fraktion und Sachwalter eines Bereichs, der auch in dieser Legislaturperiode wieder von zentraler Bedeutung und heiß umstritten ist. Ungelegen kommt ihm das sicher nicht, zumal er trotzdem genügend Möglichkeiten hat, kommunalpolitisch zu wirken.

Der Norddeutsche des Jahrgangs 1934 – Studium und Ausbildung haben ihn in seine Wahlheimat Ostwestfalen-Lippe verschlagen, mit der er sich nur sprachlich noch nicht identifiziert hat – hätte sich aber klar sein müssen, daß ihn die Schulpolitik nicht losläßt. Sie war es, die ihn 1955 bewog, in die F.D.P. einzutreten, mit ihr machte er seine ersten politischen Gehversuche. In der Praxis einer Parteiveranstaltung, der ersten, an der er teilnahm, vermißte er die im politischen Unterricht gepriesene Diskussionsbereitschaft und meldete sich gleich zu Wort.

Auch im Landtag suchte er – immer engagiert, manchmal mit scharfer, aber auch mit spitzer Zunge – jede Möglichkeit, Argumente auszutauschen, ebenso in seiner Partei, weil er die Dis-



Jürgen Hinrichs (F.D.P.)

kussion am ehesten für geeignet hält maßgerechte Lösungen für Probleme zu finden. Auf diese Art gefundene Lösungen vertritt Hinrichs dann mit Nachdruck. Die Kooperative Schule, die er federführend für die F.D.P. mit dem Koalitionspartner SPD skizziert hat, ist ein Beispiel dafür, unter anderem auch deshalb, weil er nach eingehenden Diskussionen zu der Überzeugung gelangt ist, daß diese Schulform allen Kindern die besten Chancen biete.

Beispiel dafür kann auch der Regierungsbezirk Detmold sein. Nach ausgiebiger Erörterung in der Partei trat Hinrichs mit der Forderung vor, den Regierungsbezirk zu erhalten, und präsentierte dafür einleuchtende Argumente.

Die Bereitschaft, jeden Sachverhalt vor einer Entscheidung zu prüfen, jeden Entschluß gründlich vorzubereiten, entspringt seiner Überzeugung, daß voreiliges Handeln Rechte berühren könnte, die aus welchen Gründen auch immer in Vergessenheit geraten sind, dennoch aber Geltung haben. Das mag ihm manchmal den Vorwurf eintragen, kleinlich zu sein, obwohl er genau das Gegenteil ist. Landtagsfraktion, Partei und Kommunalfraktionen können weitgehend über seine Zeit verfügen, die freilich knapp genug ist, womit erklärt ist, weshalb er in seinem Düsseldorf Abgeordnetenzimmer immer eine Ersatzgarderobe deponiert.

Ein Mann, der überall für frischen Wind sorgt, kann Mief eben nicht ausstehen.

Klaus Simson